

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlagsort: Dresden.
Verlagsnummer 25 241
Für die Druckerei: 20011.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

In Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Auslieferung oder durch die Post bei täglich zweimaliger Auslieferung monatlich 14,- 90., vierteljährlich 42,- 90., halbjährlich 84,- 90., jährlich 168,- 90. Die einjährige Abnahme ist mit 10% Rabatt zu berechnen. Die Abnahme von 1000 Exemplaren ist mit 10% Rabatt zu berechnen. Die Abnahme von 2000 Exemplaren ist mit 15% Rabatt zu berechnen. Die Abnahme von 5000 Exemplaren ist mit 20% Rabatt zu berechnen. Die Abnahme von 10000 Exemplaren ist mit 25% Rabatt zu berechnen. Die Abnahme von 20000 Exemplaren ist mit 30% Rabatt zu berechnen. Die Abnahme von 50000 Exemplaren ist mit 35% Rabatt zu berechnen. Die Abnahme von 100000 Exemplaren ist mit 40% Rabatt zu berechnen. Die Abnahme von 200000 Exemplaren ist mit 45% Rabatt zu berechnen. Die Abnahme von 500000 Exemplaren ist mit 50% Rabatt zu berechnen. Die Abnahme von 1000000 Exemplaren ist mit 55% Rabatt zu berechnen. Die Abnahme von 2000000 Exemplaren ist mit 60% Rabatt zu berechnen. Die Abnahme von 5000000 Exemplaren ist mit 65% Rabatt zu berechnen. Die Abnahme von 10000000 Exemplaren ist mit 70% Rabatt zu berechnen. Die Abnahme von 20000000 Exemplaren ist mit 75% Rabatt zu berechnen. Die Abnahme von 50000000 Exemplaren ist mit 80% Rabatt zu berechnen. Die Abnahme von 100000000 Exemplaren ist mit 85% Rabatt zu berechnen. Die Abnahme von 200000000 Exemplaren ist mit 90% Rabatt zu berechnen. Die Abnahme von 500000000 Exemplaren ist mit 95% Rabatt zu berechnen. Die Abnahme von 1000000000 Exemplaren ist mit 100% Rabatt zu berechnen.

Druck u. Verlag von F. P. P. & Co. in Dresden.
Postfach-Nummer 1068 Dresden.

Ernst Lange
Koffer u. Taschenfabrik
König Johannstr. Pirnaischer Platz

Schokolade
Deutschmeister
wirdlich hervorragende Qualität
Petzold & Aulhorn A.-G., Dresden

Belvedere
Brühlsche Terrasse
4-7 Uhr. Konzert
8-12 Uhr. Kleinkunstbühne

Hotel u. Kaffee Blesch
4-7 Uhr. Konzert
8-12 Uhr. Halbes Kaffeehaus
Weinrestaurant - Bar
Frühstücksstube

Annahme des Reichsmietengesetzes.

Mit 202 gegen 168 Stimmen.

Drachmeldung unserer Berliner Schriftleitung.
Berlin, 3. März. Im Reichstage wurde heute das Reichsmietengesetz mit 202 gegen 168 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten die Deutschnationalen, die Deutschen Volksparteier, die Mehrheit der Demokraten und ein Teil der Zentrumsparteier.

Die Parteien zur gleitenden Lohnskala für Beamte.

Drachmeldung unserer Berliner Schriftleitung.
Berlin, 3. März. Am Reichstagesantritt des Reichstages berichtete Abg. Wirth (D. Fr.) über die Arbeiten des Untersuchungsausschusses, der zur Klärung der Frage einer automatischen Anpassung des Beamtenlohns an den Geldwert eingesetzt ist. Der Untersuchungsausschuss empfiehlt einstimmig die Einführung einer gleitenden Gehaltskala zu einem möglichst baldigen Zeitpunkt. In den Einzelheiten sei dagegen keine einstimmige Auffassung gewesen. Der Regierungsdirektor erklärte auf eine deutsch-nationale Anfrage, daß die Vorlage über Neuregelung der Grundgehälter in rechtzeitig erfolgen werde, daß die Einführung am 1. April 1922 erfolgen könne. Dagegen wäre die Einführung einer gleitenden Skala bis zu diesem Zeitpunkt nicht möglich. Nach der Auffassung des Reichsfinanzministeriums sei die Einführung einer gleitenden Skala nur möglich, wenn sie zugleich für die Arbeiter, Angestellten und Beamten der Reichsverwaltung erfolge. Die Verhandlungen mit den Gewerkschaften über diese Frage würden am 10. März beginnen. Der Ausschuss beschloß darauf, zunächst Erklärungen über die grundlegende Frage anzuhören, wie sich die Fraktionen zur gleitenden Gehaltskala für Beamte stellen.

Für die Fraktion der Deutschen Volkspartei bejahte der Abg. Heusermann die Frage. — Abg. Schulz (Zem.) vertritt die Auffassung, daß die automatische Anpassung des Beamtenlohns an den Geldwert eine Notwendigkeit ist. Eine Regelung für Beamte könne unabhängig von einer Regelung für Arbeiter und Angestellte erfolgen. — Abg. Ziehm (Zem.) lehnte für seine Person eine gleitende Skala für Beamte ab, da sie nicht vielmehr für alle Gruppen von Arbeitnehmern gleichmäßig oder überhaupt nicht eingeführt werden. — Abg. Dr. Döhl (Zem.) erklärte, die Anpassung des Einkommens an die Geldentwertung nur für eine einzelne Unternehmenseinheit könne an laufenden Unternehmungen führen. Solange die gleitende Skala für die Privatwirtschaft nicht eingeführt ist, könne sie für Beamte nicht diskutiert werden. — Abg. Hoffmann (Unabh. Zem.) gab die Erklärung ab, daß sich seine Fraktion ihre Stellungnahme vorbehalte. — Abg. Bender

(Zem.) bezweifelte den Wert der gleitenden Skala. Wäre diese Frage zu lösen, so hätten das die Gewerkschaften lösen sollen. Die Einführung der gleitenden Skala für Beamte allein sei eine ungleiche Ungerechtigkeit. Eine Verbesserung der Beamten würden sich die Angestellten und Arbeiter nicht mehr gefallen lassen.

Die Gehaltsforderungen des Reichskunds der höheren Beamten.

Berlin, 3. März. Aus Anlaß der bevorstehenden Neuordnung der Beamtengehälter, über die die Beratungen mit der geprüften Kommission der Finanzminister der Länder begonnen haben, unterbreitete der Reichsbund der höheren Beamten heute der Regierung eine Eingabe zur Besoldungsreform, die sich an seine bekannten Besoldungsbedingungen anlehnt. Der Reichsbund schlägt vor, Anfangs- und Endbesoldungen der Gruppe II gegenüber dem Novemberstand um je 4000 RM. zu erhöhen und die Spannungsweite der 10 neu schaffenden Gruppe II und der auf dem Novemberstand verbleibenden Gruppe III auf die dazwischenliegenden Besoldungsgruppen prozentual gleichmäßig anzuheben. Die so errechneten Gehälter sollen als der Oktober-Teuerung entsprechend angesehen und die zu erzielende gehaltete Teuerung durch die Erhöhung des Teuerungszuschlages nach Maßgabe der Reichs- und Landesverhältnisse werden. Dabei werden sich der Reichsbund unter Hinweis auf die eintägige Besoldungssteigerung der höheren und mittleren Beamtenklasse gegen das Entzogen der letzten Teuerungsvorteile und fordert nachdrücklich die Rückkehr zum prozentual gleichmäßigen Teuerungszuschlag für alle Besoldungsgruppen. Der Reichsbund erneuert fernerhin sein Verlangen nach der Einführung der gleitenden Gehaltskala und fordert Erhöhung der Alterszulagen und Teuerungsfreiheit derselben und Auszahlung eines für alle Beamten gleichmäßigen Mehrbetrags. (B. Z. P.)

Erhöhung der Grundgehälter der unteren Beamten-Gruppen.

Berlin, 3. März. Im Reichsfinanzministerium hat gestern die in Aussicht genommene Neuordnung mit dem Finanzministerium der Länder fortgeschritten. Es herrscht Uebereinstimmung darüber, daß die Grundgehälter der Beamten, insbesondere der unteren Gruppen, eine angemessene Erhöhung erfahren sollen. Entsprechend werden auch die Gehälter der Angestellten und Arbeiter erhöht sein. Neben die Einzelgehälter sind Beihilfen noch nicht geklärt worden. (B. Z. P.)

Änderung des Disziplinarrechts der Beamten.

Der letzte Beamtenrat hat eine Änderung der Beamtenregeln notwendig gemacht. Der Disziplinarrecht wegen wird zunächst das Disziplinarrecht neu geregelt werden. In die Disziplinarcommission sollen außer Ministern auch Beamte oder Gruppen berufen werden, das Ermittlungsverfahren wird freier gestaltet. Die Bestimmungen werden nachher das Reichskabinett beschäftigen.

Die französische Militärreform vor der Kammer.

Immer wieder die Angst vor Deutschland.
Paris, 3. März. In der heutigen Kammerdebatte wurde die Militärreform

fortgesetzt. Der Generalkommandant, Abg. Rabreau, erläuterte im nächsten Punkte seines Berichts, den er in der vorigen Sitzung abgelesen hatte, weshalb der Generalkommandant sich für die bevorstehende Debatte ausgesprochen habe. Der Ausschuss habe die Bestimmungen betreffend die Kapitulanten, die Eingeborenen und Zivilangehörigen beibehalten, an die in der Regierungsentwurf die Durchführung der Reform gebunden war. Der Ausschuss wolle aber noch weitergehen und habe im Gehebe selbst den Uebergangskarakter zum Ausdruck gebracht, den er ihm zu geben beabsichtigt. Vor dem Krieg, fuhr der Generalkommandant fort, habe Deutschland Frankreich im Weltkrieg mit sich getrieben, heute habe sich alles gewandelt. Heute sei es Frankreich, das Deutschland klübere, zu klüben, und auf diesem Wege würde es selbst zur Einschränkung der Rüstungen gelangen. An dieser Stelle unterbricht ein Abgeordneter der Linken den Redner: Heute ist es Frankreich, das Deutschland im Weltkrieg mit sich trieb. Die Rechte erhebt lebhaft dagegen Einpruch. Wenn Frankreich, fuhr der Abgeordnete fort, die Mittel aus der Hand gebe, die den deutschen Rüstungen wiederzugeben die Mittel, die der Friedensvertrag ihm liefert, so würde es die Sache des Friedens in Gefahr bringen. Der Berichterstatter antwortet dann des nächsten den

landen und 205 000 Mann Kolonialtruppen, die im Entwurf vorgesehen seien, komme man im ersten Falle auf eine Gesamtstärke von 600 000 Mann, im letzteren Falle unter den gleichen Voraussetzungen auf 550 000 Mann.

Am weiteren Verlauf der Aussprache über die Militärreform sprach Abgeordneter Benoit das Wort. Nach seiner Ansicht könne der Gehalt, die Deutschland darstellt, nicht durch eine kleine Maßnahme begegnet werden, sondern nur durch eine

großartige Demoralisation des ganzen Volkes.

Was das Rekrutierungsrecht angeht, habe den großen Fehler, daß es die individuelle Ausbildung erschwere, nicht gute Reserven liefere, keine guten Kadres erzeuge und das es doch hinsichtlich einer angestrebten Effektivität erlaute. Benoit tritt für den Vorschlag des Generalkommandanten ein, der die einjährige Dienstzeit vorschlägt. Das Rekrutierungsrecht müsse nach seiner Ansicht erst nach dem Gehebe über die Ermöglichung des Gehebes, der Kadres, des Effektivitätshandels zur Erörterung gestellt werden. Der Abgeordnete konnte keine Rede nicht vollenden, er wird sie in der nächsten Kammerdebatte fortsetzen. (B. Z. P.)

Gefährdung der internationalen Wiederaufbau-Korporation durch Belgien?

Paris, 3. März. Der Straßer Korrespondent des Temps meldet seinem Blatte, von gewissen Kreisen werde augenblicklich ein die Regierung ein starker Druck ausgeübt, um sie zur Übernahme der Garantie für die belgischen Kapitalien in der Korporation für den Wiederaufbau Europas zu bestimmen. Die Industriellen, die in England große Kapitalien angelegt hätten und die geneigt seien, aus eigener Initiative zu handeln, gedächten sich ohne solche Deckung auf nichts einzulassen. Ein Zehnverständiger, der Belgien in den letzten Tagen in London vertrieben habe, habe Hup und klar geäußert, daß England die Kapitalien garantiere, die den englischen Anteil darstellten, daß Frankreich, Deutschland und Italien angetan seien, dieselbe Politik zu verfolgen, und daß unter diesen Umständen die belgischen Finanzmänner und Industriellen sich auf eine Teilnahme an der Korporation nur unter der Bedingung einlassen könnten, daß von ihrer Regierung dieselben Vorteile geboten würden.

Salutasturz, aktive Handelsbilanz und Weltmarktpreise.

Ein Dollarkurs von über 250! Unheimlich, unberechenbar wälzt sich das Ungeheuer der Salutarverflechtung über die deutsche Wirtschaft, über unsere Finanzen und unsere Lebenshaltung, das unvermeidliche Gefolge der endlosen Kriege, der Teuerung, der Spekulation und des Wuchers schlüpft überher. Käuflich ist ihm der mühsam balancierte innere Reichthum zum Opfer gefallen, noch ehe das Wirtschaftsjahr begonnen hat, noch ehe das riesige Steuerprogramm, das man so erlebt hat, beschlossen ist. Alle Berechnungen auf Grund des letzten Salutarverhältnisses sind über den Haufen geworfen, und jede Aussicht, unserer Volkswirtschaft und Industrie beizukommen, ist geschwunden. Wie hat es dazu kommen können? Haben wir nicht gerade erst um die Jahreswende aus dem Entenlager erlösen müssen, daß die deutsche Handelsbilanz zum erstenmal seit dem Kriege aktiv geworden ist; daß unsere Ozean- und besonders Amerikaner neue Hoffnungen für die Reparationen daranschlüpfen? Niemand wollte es zunächst bei uns glauben, niemand konnte es glauben, und doch haben es die Veröffentlichungen des statistischen Reichsamtes bestätigt. Am 1. Januar ist ein Ausfuhrüberschuss von 1,7 Milliarden Mark errechnet worden. Zwar bleibt trotz dieser aktiven Handelsbilanz die Passivität unserer gesamten Zahlungsbilanz — die Passivität aller jener Geschäftsvorgänge, denen kein Warencharakter zurundeht — infolge unserer Reparationsleistungen bestehen. Aber immerhin hätte die Tatsache des Beginn einer gesunden Entwicklung unserer Wirtschaft einen günstigen Einfluß auf den Marktwert ausüben müssen, wenn diese Entwicklung eben gesund gewesen wäre. Das Gegenteil ist der Fall.

Auch das Ergebnis der aktiven Handelsbilanz ist krank, wie beinahe alle Vorgänge in der Weltwirtschaft. Krank ist deshalb, weil die Erhöhung des Ausfuhrwertes in der Hauptsache auf eine Steigerung der Ausfuhr deutscher Rohstoffe, besonders der Brennstoffe, zurückzuführen ist, während die Ausfuhr hochwertiger Fertigfabrikate, die allein für uns von dauerndem Wert sein kann, nicht nur nicht geblieben, sondern zurückgegangen ist. Nicht die Steigerung der Ausfuhr ist der Hauptgrund der aktiven Handelsbilanz, sondern fast ausschließlich ein erheblicher Rückgang der Einfuhr und hier wiederum nicht der für uns entscheidenden Waren, sondern der Lebensmittel und vor allen Dingen der für unsere Industrie notwendigen Rohstoffe. Es ist kein Zufall, daß die ansehend allseitige Entwicklung der Handelsbilanz im November einsetzte, als eben die beispiellose Dollarkaufkraft aufhörte und einem schwachen Rückgang Platz machte. Die Lebensmittelimporte, die nicht fast die Hälfte des Einfuhrwertes ausmachten, ließen sich aus, da die märchenhaften Weltmarktpreise nicht mehr bezahlt werden konnten. Ähnlich ging es bei der Industrie, die zunächst davon Abstand nahm, neue Rohstoffe einzukaufen, da man unter dem Einfluß der Londoner Verhandlungen und Versprechungen, unter der Einwirkung der umfassenden Ausbaupläne Lloyd Georges in Europa im Hinblick auf Genoa eine weitere Reduktion des Marktwertes erwartete. Heute ist der Optimismus verlassen, Voltaire hat ihn erschüttert, Voltaire hat verabschiedet. Die wankende Weltmarktpreise sind das Überbleibsel, um das ausländische Vertrauen in eine Gelung der europäischen Verhandlungen und vor allen Dingen Deutschlands zu untergraben. Der äußere Antriebe zur neutralen Bewegung ist damit gegeben. Dazu treten die inneren. Die seit November vorhandenen Rohstofflücken sind verbraucht, die Industrie sieht sich damit vor der Notwendigkeit neuer Devisenbeschaffung am Rohstoffmarkt. Der Devisenbedarf wird dadurch vermehrt, daß niemand mehr auf eine Besserung des Marktwertes glaubt und sich darum jeder Industrielle jetzt noch, viellecht über den augenblicklichen Bedarf hinaus, mit ausländischen Devisen einkaufen will, um sie nachher nicht ungünstiger bezahlen zu müssen. Ein Verbrechen, das vermutlich auch für das Reich mahnend ist, da dessen Devisenbestände durch die achtungsgelassene Abzahlung von je 20 Goldmarken sehr stark an Schwund erleiden. Nach außen keine Hoffnung, im Innern noch länger unnatürlicher Preisbildung ein über die augenblickliche Notwendigkeit hinaus gesteigerter Bedarf, den eine gemüthliche Spekulation noch vermehrt. Kein Wunder, daß unter diesen Umständen der Siegeszug des Dollars seinen Stillstand in seinem schnellen Lauf erfährt. Mit der nach mehrmonatiger Pause erneut einsetzenden deutschen Rohstoffimporte dürfte auch sehr bald die Schwunglinie unserer Handelsbilanz wieder ihr altes unheilvolles Gesicht annehmen, das auf die Dauer nur dann etwas aufhellt werden kann, wenn die gewaltige Steigerung der deutschen Rohstoffimporte als Folge des landwirtschaftlichen Hilfswortes wirksam wird und damit eine dauernde Einschränkung der Lebensmittelimporte ermöglicht.

Die neue Salutarverflechtung hat vorläufig auch alle diejenigen Bestrebungen zunichte gemacht, die darauf abzielten, die deutschen Inlandpreise dem Weltmarktpreis anzunähern. Und das ist vorläufig noch in gewissem Sinne eine günstige Beilegerbeurteilung der neuen schweren Gefahren. Zwar die Weltmarktpreise müssen und werden kommen, im Augenblick aber sind wir für sie nicht